

## POLITIK

Der Anteil der Förderschüler ist binnen zehn Jahren bundesweit um ein Fünftel gestiegen

ANETTE DOWIDEIT

Es waren nur noch wenige Tage bis zu den Sommerferien, als Lisa Bahlhaus (Name geändert, d. Red.) tränenüberströmt von der Schule nach Hause kam. Die Lehrerin hatte angekündigt, nach den Ferien werde die ganze Klasse ein Theaterstück aufführen, und jetzt verteilte sie schon einmal die Rollen. Nur Lisa bekam keine. Schließlich, sagte die Lehrerin vor der Klasse, werde die Neunjährige nach den Ferien nicht mehr da sein, sondern auf die Förderschule wechseln. Was das heißt, davon hatten Lisa und ihre Klassenkameraden eine ziemlich genaue Vorstellung. „Ich bin ja sowieso doof, Mama, ich muss auf die Doofenschule“, sagte sie zu Hause.

Die Klassenlehrerin hatte in den Wochen zuvor beim Gelsenkirchener Schulamt erwirkt, dass Lisa einen Vermerk in ihre Schulakte bekam: „Sonderpädagogischer Förderbedarf mit dem Förderschwerpunkt Lernen“ stand da. Mit anderen Worten heißt das: Lisa ist behindert. Zumindest auf dem Papier. Denn die Eltern, die an diesem Sommervormittag auf der Terrasse ihres Gelsenkirchener Einfamilienhauses sitzen und vor Nervosität Kette rauchen, haben den Beweis, dass dies nicht stimmt – in Form eines ärztlichen Gutachtens. Es bescheinigt, dass Lisa in Wahrheit unter ADHS leidet, dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom. „Die Lehrerin wollte Lisa ganz offensichtlich loswerden“, sagt der Vater.

Der Fall von Lisa Bahlhaus könnte ein Einzelschicksal sein, ein bedauerlicher Irrtum von Pädagogen und Schulbeamten. Schließlich gibt es in Deutschland seit mehr als drei Jahren die Inklusion. Seit März 2009 gilt eine entsprechende UN-Konvention, die der Bundestag zuvor beschlossen hatte. Sie besagt, dass alle Menschen, mit Behinderung oder ohne, an allen Lebensbereichen gemeinsam teilhaben sollen. In deutschen Schulen wird demnach schon bald eine halbe Million behinderter Schüler in den Regelschulunterricht integriert, die dafür umgebaut werden.

Doch tatsächlich passiert in der Bundesrepublik momentan vielerorts genau das Gegenteil: Kinder, die Schwierigkeiten mit dem Lernen haben, emotional auffällig sind oder nicht ruhig auf ihren Stühlen sitzen bleiben können, werden häufiger per Aktenvermerk zu Behinderten gemacht und auf Förderschulen abgeschoben. „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ heißt die derzeit politisch korrekte Bezeichnung dafür.

Schulrechtsanwälte berichten: Seit Deutschland die UN-Richtlinie angenommen hat, werden sie auffällig häufig von Eltern beauftragt, deren Kinder auf Drängen von Lehrern einen Förderbedarf bescheinigt bekommen. Und das, obwohl die Kinder vielleicht nur schlecht rechnen können oder ADHS haben, so wie Lisa. Dahinter steht offenbar eine Allianz aus überforderten Lehrern in vielen Regelschulen einerseits und Förderschulen andererseits, die ihr demografisches Problem über mehr Rekrutierungen zu kompensieren versuchen.

Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe, hält es für möglich, dass manche Schulen für sie „problematische Kinder“ auf diese Weise loswerden. „Ein emotional auffälliger Schüler oder einer, der ständig durch die Klasse läuft, erfordert von den Lehrern natürlich andere Arbeitsweisen. Damit können anscheinend einige nicht umgehen.“ Das bestätigen Beobachter aus der Praxis. „Besonders deutlich hat die Zahl der Fälle zugenommen, in denen Schu-



„Ich bin ja sowieso doof, Mama“: Lisa Bahlhaus leidet an ADHS. Ihre Lehrerin attestierte der Neunjährigen aber gleich „sonderpädagogischen Förderungsbedarf“

THEO BARTH

## Abgeschoben in die Förderschule

Wer ADHS oder emotionale Probleme hat, muss gehen: Lehrer werden schwierige Kinder oft los, indem sie diese auf dem Papier als behindert darstellen – das Gegenteil der angestrebten Inklusion

len Kinder als lernbehindert oder sozial-emotional behindert einstufen lassen wollen“, sagt etwa der Schulrechtsanwalt Andreas Zoller, den Lisas Eltern vor wenigen Wochen beauftragten.

Dass dies möglich ist, drei Jahre nachdem die Inklusionsrichtlinie völkerrechtlich bindend geworden war, liegt am deutschen Föderalismus. Schule ist Ländersache – und wenn der Bund beschließt, dass die 9,6 Millionen Behinderten im Land künftig nicht mehr ausgeschlossen werden dürfen, heißt das noch lange nicht, dass die Bundesländer dies auch in ihrer Schulpolitik umsetzen. Gerade brüstet sich zwar Nordrhein-Westfalen damit, als erstes Flächenland einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf schulische Inklusion ins Gesetz schreiben zu wollen. Es wird aber wohl, bis dieses Gesetz verabschiedet ist, noch bis Jahresende dauern. Wann die Umsetzung beginnt, steht in den Sternen.

In Gelsenkirchen ruckelt Peter Bahlhaus, Lisas Vater, nervös auf seinem Gartenstuhl. Die Bahlhausens leben in einem kleinen, gepflegten Reihenhauses am Stadtrand. Sie haben vier Kinder, alle Mädchen, Lisa ist die Zweitjüngste. In ihrer Klasse habe Lisa von Anfang an Probleme gehabt, kaum Anschluss gefunden, sich oft von anderen Kindern

gestört gefühlt. Irgendwann sei ihm aufgefallen, dass Lisas Hausaufgaben nicht zu ihren Klassenarbeiten gepasst hätten: „Zu Hause musste Lisa zum Beispiel vier plus fünf rechnen, in der Klassenarbeit kam dann aber vier mal fünf dran. Entsprechend schlecht waren die Noten.“

Bahlhaus zieht aus einem Schnellhefter einen Stapel Papiere, darunter ein Gutachten der Klassenlehrerin, in dem sie beim Schulamt den Förderbedarf für Lisa beantragt. Von Verweigerungshaltung ist die Rede, von mangelnder Konzentrationsfähigkeit, unsicherer Stifthaltung, verwechselten Buchstaben. „Der Umfang der Lerninhalte wurde reduziert und das Anforderungsniveau nach Absprache mit der Mutter in Deutsch und Mathematik ihrem derzeitigen Leistungsstand angepasst“, steht dort.

Die Eltern sagen, das sei gelogen. Die Lehrerin habe mit ihnen nie darüber gesprochen, dass Lisa künftig weniger schnell lernen solle als andere. Völlig aus dem Blauen sei für sie vor ein paar Wochen die Nachricht gekommen, dass Lisa lernbehindert sei und nicht auf der Grundschule bleiben könne. Der Vermerk „sonderpädagogischer Förderbedarf“ in der Schulakte hat lebenslange Folgen. Es fängt an mit Zeugnissen, auf denen steht, das Kind sei „bedürfnisge-

recht“ unterrichtet worden, also weniger kompliziert als andere. Dem Kind bleiben Türen verschlossen: Die Schullaufbahn im Gymnasium wird unmöglich; damit erübrigt sich auch ein Studium.

Die Familie beauftragte daher Rechtsanwalt Zoller. Die ersten Wochen der Sommerferien seien für ihn Hochkonjunktur, sagt er – auch weil es gilt, möglichst schnell Einspruch in allen Fällen zu erheben, wo Kinder laut Schulamtsentscheid zu Beginn des neuen Schuljahres auf eine Förderschule wechseln sol-

„Förderschulen sind ein sich selbst erhaltendes Sondersystem“

Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter

len. In Niedersachsen bearbeitet Zoller einen Fall, der bald vor dem Verwaltungsgericht entschieden werden muss.

Der Bildungsforscher Klaus Klemm, emeritierter Professor der Universität

Duisburg-Essen, vermutet, dass an solcher Praxis falsche Anreize schuld sind. Mehr Schüler als behindert auszuweisen lohne sich im deutschen Bildungssystem für die Schulen. Bundesweit gibt es rund 3300 Förderschulen. Insgesamt schrumpft die Kinderzahl jedoch, sodass die Förderschulen sich bemühen müssen, trotzdem noch genügend Schüler zu finden, um nicht überflüssig zu werden. „Bewusst oder unbewusst führt das Vorhalten von Förderschulplätzen zur Füllung der vorhandenen Plätze“, sagt Klemm. Der Behindertenbeauftragte Hüppe drückt es so aus: „Die Förderschulen sind ein sich selbst erhaltendes Sondersystem.“ Und die Regelschulen machen gern mit, da sie die anstrengenden Schüler loswerden. Verhängnisvoll dabei: Es gibt keine standardisierten Regeln, wann ein Förderbedarf vorliegt. Und dass diejenigen, die über die Zukunft der betroffenen Kinder entscheiden, oft alles andere als unabhängig sind.

In Gelsenkirchen zieht Lisas Vater ein weiteres Gutachten aus dem Ordner. Acht Seiten, die die Einschätzung der Klassenlehrerin bestätigen und empfehlen, Lisa solle auf eine Förderschule wechseln. Geschrieben hat sie ein Sonderpädagoge, Leiter einer örtlichen Förderschule. Als neue Schule für Lisa schlägt er vor: seine Einrichtung. Förderlehrer, die Schüler brauchen, und Regelschullehrer, die schwierige Fälle loswerden wollen – eine unheilvolle Allianz.

Laut Kultusministerkonferenz hatten zum Jahrtausendwechsel nur 5,3 Prozent aller Schüler bundesweit einen bescheinigten Förderbedarf. 2010 waren es bereits 6,4 Prozent. Tendenz steigend. In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der Förderschüler in den letzten zehn Jahren von fünf auf 6,3 Prozent geklettert. Fragt man bei Sonderpädagogen nach, ob es stimme, dass sie um den Erhalt der Förderschulen kämpfen, streiten diese das entschieden ab. „Wir sind nicht die ewigen Besitzstandswahrer, als die wir gern hingestellt werden“, sagt Marianne Schardt vom Bundesvorstand des Verbandes Sonderpädagogik. Ihr Verband, dem mehr als 10.000 Sonderpädagogen bundesweit angehören, sei sehr wohl für gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Schüler – „auch wenn wir damit am eigenen Ast sägen“. Fälle wie den von Lisa Bahlhaus erklärt sie sich eher mit der Unsicherheit vieler Lehrer an den Regelschulen. Vielleicht, sagt Schardt, wollten sie erst einmal die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, bevor die Inklusion komme.

Heißt: die schwierigen Schüler aussortieren, bevor es ernst wird. Denn NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) plant, dass nicht alle Regelschulen künftig behinderte Kinder unterrichten müssen, sondern nur ein paar Schwerpunktschulen. Das werden wohl diejenigen sein, in denen heute schon modellprojektiert behinderte und nicht behinderte gemeinsam unterrichtet werden. Alle anderen könnten um die Inklusion herumkommen.

Für Lisa Bahlhaus, das Mädchen, das vermeintlich nicht still auf seinem Stuhl sitzen kann und den Stift unsicher hält, geht das Zittern weiter. Die Eltern haben zwar das ärztliche Gutachten besorgt, in dem steht, dass Lisa nicht lernbehindert ist, sondern unter ADHS leidet. Anwalt Zoller hat damit erreicht, dass Lisa zum neuen Schuljahr nicht auf die Förderschule wechseln muss. Stattdessen muss sie nun den Stoff, den sie verpasst hat – weil die Lehrerin ihn ihr nicht zutraute –, so schnell wie möglich nacharbeiten: 110 Seiten im Mathebuch.

Doch es ist nur ein Aufschub. Ende dieses Jahres wird das Schulamt neu entscheiden, ob Lisa auf der Schule bleiben darf. Ihre Eltern sind skeptisch, dass die Lehrerin das Mädchen auf Dauer in der Klasse akzeptieren wird. „Dann müsste sie ja zugeben, dass sie sich geirrt hat“, sagt die Mutter.

## Die Piraten suchen ihre Parteiseele

In Essen stimmen sie sich auf eine Zukunft im Bundestag ein

MANUEL BEWARDER

Der Komiker Lorient lächelt von dem Plakat, das hoch über den Köpfen der Piraten klebt, die sich gerade die Köpfe über Politik zermürben. In einem Sketch hat Lorient einmal vieles vom Wesen der Politik entlarvt. In der Figur des Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Stiegler sagte er: „Wer war es denn, der seit 15 Jahren, und wir wollen einmal davon absehen, dass niemand behaupten kann, als hätte sich damals, so geht es doch nun wirklich nicht.“ Politik als Gelaber ohne Aussage. Danach sieht es an diesem Tag manchmal bei der Piratenpartei aus, die sich im „Unperfekthaus“ in Essen trifft. Die Piraten diskutieren über eine mögliche künftige Fraktionsarbeit im Bundestag. Kernfrage: Was würden sie anders machen?

Das Treffen ist ein „Barcamp“, ein loses Zusammenkommen ohne Tagesordnung. Was am Ende herauskommt? Keiner weiß es zu Beginn. Den Anfang macht am Samstag der politische Geschäftsführer Johannes Ponader. „Es geht mit Volldampf in die Bundestagswahl. Wir werden uns nicht mehr zerfechten.“ Denn wenn man eine „gemeinsame Aufgabe“ habe, „dann sind wir ein großes, großes Team“. Applaus. Überhaupt müsse man vor allem „Denkräume“ öffnen und könne Konflikte auch mal stehen lassen. Man fragt sich, was Lorient dazu sagen würde. Zuletzt ertönte das interne Gezänk die programmatische Arbeit der Piraten. In den Umfragen sind sie abgesackt. Mit dem erhofften Bundestagsinzug wird es wohl knapp.

In Essen will man sich nun auf die Parteiseele besinnen. Den Anfang der Diskussionsrunde machen die Fraktionschefs aus Berlin und dem Saarland, Christopher Lauer und Michael Hilberer. Motto: Die Opus erzählen vom Krieg. Lauer: „Das Spiel zwischen Opposition und Koalition ist so absurd und noch absurder, als man es sich vorstellen kann.“ Mitspielen bringe nichts, man müsse seine Dinge durchziehen. Etwa mit Kleinen Anfragen die Regierung kontrollieren. Und immer ein Ohr für die Basis behalten. Lauer findet, die Piraten könnten sich schon jetzt inhaltlich für eine Zukunft im Bundestag aufstellen, indem sie „ein paar Themen so gut vorbereiten, dass wir schnell nach unserem Einzug Gesetzesinitiativen starten“.

Später am Nachmittag, nach vielen Debatten, bricht eine heftige Debatte über eine mögliche Medienstrategie los. Viele ärgern sich nicht nur über eigene Patzer, sondern auch über Berichte darüber. Um Strategie geht es nur noch am Rand. Da erfrischt es, als die Ex-Grüne Anke Domscheit-Berg auf einen Grundkonflikt hinweist: Zum einen halte man die individuelle Meinung hoch. Zum anderen zähle der Wunsch der Basis. Für Piraten-Abgeordnete bedeutete dies, dass sie immer abwägen müssen, was bei einer Abstimmung den Ausschlag geben soll. Eine Lösung dafür zeichnet sich in Essen nicht ab. Die Basis dürfe jedenfalls schnell sauer werden, finden viele – und schmunzeln dennoch über den dann vorgetragenen Basis-Witz: „Ein Abgeordneter darf eine eigene Meinung haben – aber es soll unsere sein.“ Auf jeden Fall nehmen die Piraten ihre Widersprüche mit Humor.

ANZEIGE

„Zeit reif für Aktien.“ (Focus-Money, Ausgabe 36/2012)

Wohin mit meinem Geld?

Jetzt richtig investieren – z.B. mit dem DWS Top Dividende★★★★

www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS INVESTMENTS Deutsche Bank Gruppe

\*Die DWS/DB Gruppe ist nach vertriebenem Fondsvolumen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BV, Stand: Ende Juni 2012. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60512 Frankfurt am Main. Gesamtkostenquote p.a. (Stand: 30.09.2011): 1,45 % (zuzügl. 0,090 % Erfolgsgeb.). Vergütung aus Wertpapieremissionen: Erträge, Wertsteigerungen in der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung. ©2012 Morningstar Inc. Stand: Juli 2012. Alle Rechte vorbehalten. Die herein enthaltenen Informationen sind für Morningstar und/oder ihre Inhalte-Anbieter urheberrechtlich geschützt. 2. dürfen nicht vervielfältigt oder verbreitet werden, und 3. deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wird nicht garantiert. Weder Morningstar noch deren Inhalte-Anbieter sind verantwortlich für etwaige Schäden oder Verluste, die aus der Verwendung dieser Informationen entstehen. Das Fondsvolumen weist aufgrund seiner Zusammensetzung der vom Fondmanagement verwendeten Techniken eine erhöhte Volatilität auf, d.h. die Anteilspreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume stärkeren Schwankungen nach unten oder nach oben unterworfen sein.